

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses und des Sportausschusses am 06.11.2003**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Großer Saal
Marktplatz
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Klaus Hinze	SBE	
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	
Herr Ulrich Richter	SPD	
Frau Sabine Wolff	HAL	
Frau Hannelore Blumenthal	UBF	
Frau Dorothee Fischer	BE	
Herr Walter Große-Wöhrmann	SBE	i.V. Frau Antje Klotsch
Herr Jochen Heyroth	ZMTG	
Frau Helga Schubert	ZMTG	
Herr Winfried Weber	ZMTG	
Frau Stefanie Albrecht	BE	
Frau Deckwerth	BE	
Frau Renate Leonhardt	BE	
Herr Lothar Rochau	ZMTG	
Herr Sarunski	BE	
Frau Heike von Nievenheim	Verw	
Herr Uwe Weiske	Verw	
Frau Michaela Rychlá	BE	

Entschuldigt fehlen vom JHA:

Frau Bürgermeisterin Szabados
Frau Thea Ilse
Herr Jommrich
Herr Ladewig
Frau Susanne Schmotz

Anwesend sind vom Sportausschuss zu TOP 4

Herr Ingo Kautz
Herr Bernhard Bönisch i.V. Herr Thomas Godenrath
Herr Milad El-Khahil i.V. Frau Dr. Annegret Bergner
Herr Dr. Erwin Bartsch
Frau Ute Haupt
Herr Tilo Biesecke
Frau Petra Meißner
Herr Andreas Schmidt
Frau Sabine Wolff
Frau Hannelore Blumenthal
Herr Dr. Horst Vietmeyer

Herr Eduard Prosch

Herr Dieter Schika

Herr Eike Blumenthal

Herr Heinz-Günther Buß

Herr Ulrich Schneider, Verwaltung

Frau Dr. Ursula Wohlfeld, Verwaltung

Nicht anwesend waren:

Frau Marlies Schaffer

Herr Klaus Bardo

Entschuldigt fehlen vom Sportausschuss:

Herr Dr. habil. Marquardt, Beigeordneter

Herr Hildebrandt, Verwaltung

Gäste:

Herr Prof. Dr. Kiel, Vorsitzender des Bildungsausschusses und

Frau Modler, FB Schule, Sport und Bäder zu TOP 5

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 09. Oktober 2003
- 4. Beschlussvorlage "Perspektiven der Jugendfreizeiteinrichtungen"
Vorlagen-Nr.: III/2003/03652
- 5. Beschlussvorlage "Mittelfristige Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09"
Vorlagen-Nr.: III/2003/03419
- 6. Baubeschluss Kindertagesstätte "Kinderwelt"
Vorlagen-Nr.: III/2003/03709
- 7. Nachwahl eines Mitgliedes in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10. Mitteilungen
- Information der Verwaltung zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA
- 11. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Wortprotokoll:

Es erschienen Vertreter des Kinder- und Jugendrates.

Sprecherin war Julia Becker.

Julia äußerte sich zur vorliegenden Schulentwicklungsplanung.

Schulen sollten nicht drastisch verringert werden, bewährte Schulkonzepte müssen erhalten bleiben. Durch den Wegfall und die Zusammenlegung von Schulen entstehen neue Schulwege, hier muss die Verkehrsplanung neu überdacht werden. Der Einsatz von Schülerlotsen sollte wieder erfolgen. Am Herdergymnasium ist dazu ein Pilotprojekt angedacht.

Frau Modler antwortete, dass der Kinder- und Jugendrat am 14.10.03 bei ihr einen Termin hatte, an dem über diese Probleme gesprochen wurde. Gegenwärtig ist nur das Team der Schülerlotsen an der Pestalozzischule übrig geblieben.

Die Schulleiter sollen jetzt auf die Schüler zugehen, um dieses Projekt an ihren Schulen wieder ins Leben zu rufen.

Zur angedachten Übertragung der kommunalen JFE in freie Trägerschaft teilte **Julia** mit, dass der Kinder- und Jugendrat dies gut findet. Günstig wäre es aber, wenn sich JFE auch in Schulen befinden würden, da hier die Kontakte gleich vor Ort passieren könnten. Die Hoffnung, dass die bestehenden Konzepte der JFE weiterhin Bestand haben werden, wurden zum Ausdruck gebracht. Sie äußerte die Bitte, dass die zukünftigen Konzepte mit den Jugendlichen besprochen werden sollten.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herr van Rissenbeck entschuldigte die Bürgermeisterin, Frau Szabados. Diese muss die Stadt bei der Regionalkonferenz der Landräte zur Thematik „Neuordnung der Sozialordnung im Land Sachsen-Anhalt“ vertreten.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09. Oktober 2003

Wortprotokoll:

Die Niederschrift wurde bestätigt.

Zu 4 **Beschlussvorlage "Perspektiven der Jugendfreizeiteinrichtungen" Vorlagen-Nr.: III/2003/03652**

Wortprotokoll:

Herr Rochau verwies eingangs auf den Zeitungsartikel betreffs Spikker e.V. Der Beschlußvorschlag Pkt. 4.1. wird dahingehend verändert, dass im 2. Satz das Wort „beiden“ und „Caritas und AWO“ gestrichen wird. Da die Bewerber „Spikker e.V.“ und „INT“ für die JFE „Wasserturm“ dazu gekommen sind.

Frau Wolff sprach an, dass im UA Jugendhilfeplanung eine 1. Lesung der Vorlage erfolgte und zusammenfassend gesagt werden kann, dass den Vorschlag der Verwaltung gefolgt werden kann. Allerdings sind aus ihrer Fraktion heraus einige Fragen entstanden, auf die sie eine Antwort haben möchte.

Frau Wolff stellte folgende Anfragen, welche durch die Verwaltung sofort beantwortet wurden:

1. Es wird von einer Trägersauswahl in einem transparentem Bewerbungsverfahren ausgegangen. In welcher Form wurden die freien Träger über die geplante Übertragung informiert und warum gibt es keine Ausschreibung dazu?

Die Verwaltung antwortete, dass die Zeit jetzt vorüber ist, wo die freien Träger sich um die JFE reißen würden, wie es vor einigen Jahren noch der Fall war. Es gibt langjährige Kontakte zwischen der Stadt und freien Trägern, bei denen jetzt aus jugendhilfeplanerischer Sicht Überlegungen angestellt wurden, wo Einrichtungen zusammen gelegt werden könnten. Eine Ausschreibung ist nicht geboten. Hier wurde aus Sicht der Planung und der Steuerung des öffentlichen Trägers heraus eine Weiterentwicklung der JFE vorangetrieben. Eine vorliegende Empfehlung der START gGmbH wird hier für ein Auswahlverfahren herangezogen. An diese Empfehlungen will sich die Verwaltung halten.

2. Gab es Bewerbungsfristen für die Antragsabgabe?
3. Was geschieht mit den Anträgen, die dem Stadtrat nicht vorliegen und warum wurden die Anträge nicht der Vorlage beigelegt?

Herr van Rissenbeck teilte mit, dass die Vorlage keinen Beschluss enthält, aus dem hervorgeht, an welchen Träger die Einrichtung „JFE Wasserturm“ gehen soll. In der Vorlage geht es um die Entscheidung, dass eine Übertragung der städtischen JFE in freie Trägerschaft erfolgen soll. Träger können sich jederzeit um eine Einrichtung bewerben. Es besteht keine Ausschreibungsverpflichtung.

4. Wird es einen Musterrahmenvertrag geben, aus welchem die zu erbringenden Leistungen und die Angebotsvielfalt hervorgehen werden?

Die Verwaltung antwortete, dass heute nicht über eine Übertragung entschieden werden soll. Im Auswahlverfahren soll der Jugendhilfeausschuss aktiv einbezogen werden. Konzepte werden abgefordert und auch dem Ausschuss vorgelegt.

5. Welcher Bedarf besteht an der JFE „Gimritzer Damm“, da einmal auf S. 18 der Vorlage eine Nutzung auch von deutschen Jugendlichen erwähnt wird und laut S. 8 aber nur noch von einer Planung für Kurden die Rede ist. Wurden bei der Vorlage der Ausländerbeirat und die Ausländerbeauftragte einbezogen? Was ist mit dem Personal?

Die Verwaltung antwortete, dass der Ausländerbeirat und die Ausländerbeauftragte bei der Vorlage einbezogen wurden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in einer JHA-sitzung im vergangenen Jahr darüber in der JFE Gimritzer Damm gesprochen wurde, dass dort überwiegend Kurden, Vietnamesen aber auch andere Völker Angebote erhalten. Der Bedarf dafür ist weiterhin gegeben, da dort im Umfeld überwiegend kurdische Familien wohnen. Das Personal besteht aus den

2 Mitarbeiterinnen, welche auch bisher in der JFE tätig sind. Des Weiteren ist dort ein Mitarbeiter aus dem Eine-Welt-Haus eingesetzt, welcher dort Sprachangebote unterbreitet und bei Problemen vermittelt.

6. Welche finanziellen Auswirkungen gibt es laut S. 2; Mieten wurden als zusätzliche Zuschüsse hierbei nicht mit berücksichtigt. Der Einspareffekt ist äußerst gering.

Die Verwaltung antwortete, dass die Vorlage auf der Grundlage des Haushaltsplanes 2004 erstellt wurde. Bei diesem Plan war die Miete noch kein Bestandteil, was sich aber zwischenzeitlich bezüglich der Grundentscheidung, ob Miete anfällt, geändert hat. Es besteht jetzt Sicherheit darüber, dass Miete für die Objekte an ZGM gezahlt werden muss. Ebenfalls besteht Sicherheit darüber, dass die zusätzlichen Aufwendungen nicht zu Lasten des Haushaltes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie gehen sondern aus den zusätzlichen Einnahmen des ZGM dem Fachbereich zusätzlich im Haushalt 2004 eingestellt werden. In der Vorlage wurde Vorsorge getroffen, dass die neuen Träger der Einrichtungen nicht die Miete aus den hier vorgesehenen Zuschüssen bestreiten müssen.

7. Im Bibliothekskonzept stand nichts darüber, dass die ehemalige Kinder- und Jugendbibliothek Lessingstraße auseinander gerissen wird. Jetzt wird in der Vorlage davon gesprochen, dass im geplanten Lesecafe die Bücher ausgeliehen werden können. Das würde bedeuten, wer nicht in die JFE geht, kommt nicht an die Bücher ran. Wer ist in der JFE für die Bücher verantwortlich?

Die Verwaltung antwortete, dass die Bibliothek, mit dem Buchbestand, den sie hatte, in die Reilstraße geht. Die Bücher, die die JFE Wasserturm erhält, sind kein Bestandteil der Bibliothek mehr. Das Lesecafe ist dazu da, dass dort Bücher gelesen werden oder Nachschlagewerke genutzt werden können u.a. auch für die Hausaufgabenhilfe.

Herr Godenrath fragte nach den Mietkosten. Woher kommen die Mittel, wenn es aus dem Bereich der Jugendhilfe nicht abgedeckt werden kann. Ist der Mietpreis von 3,50 € m² durch ZGM verbindlich?

Die Verwaltung antwortete, dass der zusätzliche Zuschuss aus den zusätzlichen Einnahmen des ZGM kommt. Es ist klar, dass die Mieten erhoben werden. Noch nicht abgeschlossen ist die Klärung der Miethöhe, hierzu gibt es noch Diskussionsbedarf.

Anfrage von Herrn Bartsch (Sportausschuss) zur angedachten Schließung der JFE „Weiße Rose“ und die Weiternutzung der JFE „Roxy“. Das Fassungsvermögen der JFE „Weiße Rose“ ist größer als das der JFE „Roxy“, hier befürchtet er einen Fassungsverlust für die Jugendlichen. Es wird in der Vorlage von einer Konzentration der JFE Roxy auf Sportangebote gesprochen. Was ist an Aktivitäten hier angedacht, vor allem im Winter. Die Schließung der JFE „Weiße Rose“ wird als Verlust angesehen.

Die Verwaltung antwortete, dass es im Umfeld der JFE „Weiße Rose“ seit Jahren Bürgerbeschwerden gibt, da dort Eigenheime entstanden sind und sich die Anwohner in ihrer Ruhe durch die JFE gestört fühlen. Die JFE „Weiße Rose“ ist auch stark sanierungsbedürftig, dies wäre mit einem sehr hohem finanziellem Aufwand verbunden. Deswegen hat sich der Träger einverstanden erklärt, diese Einrichtung zu schließen und dafür die JFE „Roxy“, welche im Umfeld des Südparks eine gute Resonanz erfährt, zu übernehmen. Das Spezifikum der JFE Roxy soll erhalten bleiben, andere Sachen werden zwischen Schule und Jugendhilfe ausgehandelt werden. Die Grünfläche an der Einrichtung bietet sich für verschiedene Sportmöglichkeiten an, was auch durch den Bau der Sportanlage dort unterstrichen wird.

Herr Kautz (Sportausschuss) Der Kinder- und Jugendsport ist ein Schwerpunkt in der Stadt, was auch durch das Leitbild, welches im Dezember verabschiedet werden soll, unterstrichen wird. Er verwies darauf, dass alle Jugendfreizeiteinrichtungen über Sportgeräte, mindestens aber eine Tischtennisplatte, verfügen sollten.

Die Verwaltung antwortete, dass die JFE „Roxy“ mit dem Schwerpunkt Sport in der inhaltlichen Arbeit angesehen wird. In den übrigen JFE gibt es unterschiedliche Bedingungen. Z.B. würde sich die JFE „Wasserturm“ räumlich für Sportangebote nicht eignen. Die anderen JFE haben unterschiedliche Sport- bzw. Fitnessangebote.

Frau Dr. Bergner stellte den Antrag, dass eine getrennte Abstimmung nach den Punkten I. und II. erfolgen soll. Sie begründete dies damit, dass im Punkt II. die Übereinstimmung der Planungsräume mit den Schulen fehlt. Im Planungsraum 5 Heide-Nord gibt es zukünftig keine Sekundarschule mehr. Inwieweit wird hier berücksichtigt, dass die im Wohngebiet ansässigen Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten für eine Freizeitbeschäftigung haben. Der Punkt II. müsste auf den aktuellen Stand überarbeitet werden.

Die Verwaltung antwortete, dass im Punkt II. "Perspektiven" dargestellt wird, was in den nächsten Jahren gemacht werden soll. Es wurde gesehen, was jetzt für Ressourcen vorhanden sind. Es sollen in diesen Planungsräumen Angebote unterbreitet werden. Diese Perspektiven sind als Ausblicke gedacht.

Anfrage durch Frau Fischer zum Planungsraum 5, welche Entwicklung bei dem soziokulturellen Zentrum im Schafschwingelweg angedacht ist.

Die Verwaltung antwortete, dass es hier Überlegungen gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt zum Stadtteil Heide-Nord gibt. Es müssen noch einige stadtplanerischen Unklarheiten einer Lösung zugeführt werden, wozu es noch Diskussionsbedarfe gibt.

Anfrage durch Frau Fischer zur Seite 16 Pkt. 2.3 zur Aufwertung des Zentrums in Neustadt und die Überlegung der Integration der Bibliothek in dieses Zentrum. Soll damit eine Möglichkeit aufgezeigt werden, was angedacht ist

Die Verwaltung antwortete, dass es sich hierbei um eine Möglichkeit für eine Integration handelt. Der Standort für die Bibliothek wäre dort günstig, da hier viele Nutzer wohnen. Unklar ist noch die Kostenfrage dazu. Es ist als Möglichkeit gedacht, über eine sinnvolle Nutzung leerstehender Häuser nachzudenken.

Anfrage durch Frau Ute Haupt zur schulbezogenen Sozialarbeit, da sie hier Probleme sieht. Sie erinnerte in dem Zusammenhang an die Beratung zwischen der Oberbürgermeisterin und Landtagsabgeordneten.

Antwort durch die Verwaltung, dass die Vorlage in dieser Richtung nicht Veränderung sein kann. JFE sollen weiterentwickelt werden und gemeinsam mit Schule hier einen Weg gehen. Es erfolgte der Hinweis, dass Jugendhilfe allein hier nicht alles leisten kann. Die Perspektiven sind als Weg in eine bestimmte Richtung anzusehen, jedoch kann Jugendhilfe allein keine langfristigen Perspektiven erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Sportausschuss

9 **Zustimmungen**
0 **Ablehnungen**
1 **Enthaltung**

Zustimmung zur Vorlage durch den Sportausschuss.

Jugendhilfeausschuss

- **getrennte Abstimmung nach Komplex I. und II.**

Zu Pkt. I.:

12	Zustimmungen
0	Ablehnungen
1	Enthaltung

Zu Pkt. II.:

4	Zustimmungen
2	Ablehnungen
7	Enthaltungen

Zustimmung zur Vorlage durch den Jugendhilfeausschuss.

**zu 5 Beschlussvorlage "Mittelfristige Schulentwicklungsplanung
(MitSEPL-VO) in der Stadt
Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09
Vorlagen-Nr.: III/2003/03419**

Wortprotokoll:

Herr van Rissenbeck teilte mit, welche Unterlagen dem Ausschuss jetzt insgesamt vorliegen: - die Beschlussvorlage, das Anschreiben vom 19.08.03 von Herrn Dr. Marquardt. Das Protokoll zur Beratung mit den Trägern von Horteinrichtungen am 06.10. und der Auszug zum Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 05.11. mit seinen Abstimmungsergebnissen wurde heute durch Frau Modler an alle Mitglieder verteilt.

Frau Modler vom Fachbereich Schule, Sport und Bäder informierte zur Vorlage und den Ergebnissen der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses.

Sie verwies darauf, dass es vielfältige Beschlüsse zur Vorlage gibt.

Ausgangspunkt der neuen Schulentwicklungsplanung ist das Achte Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Land Sachsen-Anhalt, welches u.a. zur Folge hat, dass es ab diesem Schuljahr neue 5. Klassen gibt und an den Sekundarschulen die Förderstufe der 5. und 6. Klassen wieder wegfallen. In den Klassen 5-10 müssen Schülerzahlen von 240 vorliegen, die Klassenstufe 5 muss mindestens 40 Schüler aufweisen. Die Gymnasien sind 3-zügig, es müssen je 25 Schüler also 75 Schüler vorhanden sein, um die Berechtigung als Gymnasium zu erhalten.

Grundschulen sind bestandsfähig, wenn sie 60 Schüler aufweisen können, das bedeutet pro Schulgang mindestens 15 Schüler. Es dürfen keine Ausnahmen beim Land beantragt werden, dies hat das Kultusministerium mit Schreiben vom 30.10.03 zur Kenntnis gegeben.

Die Schulentwicklungsplanung muss außerdem auch auf Grund der demografischen Entwicklung gesehen werden, da die Schülerzahlen in der Stadt Halle zurückgehen. Somit muss eine Klarheit für Eltern und Schüler gegeben sein, wo der neue Schulstandort zukünftig sein wird. Sie erwähnte den derzeitigen und den zukünftigen Stand an Schulen.

Im Juli wurde die Vorlage verteilt und seitdem gab es viele Anhörungen mit Eltern, Schülern, betroffenen Schulen, dem Stadtelterrat und dem Bildungsausschuss. Bei einzelnen Schwerpunkten wurden Besuche vor Ort durchgeführt, um sich nochmals ein genaues Bild zu machen. Am 24.10.03

hat unter Leitung des zeitweiligen Ausschusses für Funktions-, Verwaltungs- und Strukturreform und Vertretern des Saalkreises ein Gespräch stattgefunden.

Hierbei war der Schwerpunkt, Kinder aus dem Saalkreis in Schulen der Stadt zuzuführen, dies ist aber nicht gelungen. Sie verwies auf die Beratung mit den Trägern von Horteinrichtungen. Die Vorschläge aus dieser Beratung wurden für die Stadtratssitzung aufgegriffen. Eine Diskussion über Fusionen von Schulen wurde geführt. Der Bitte des GB V zur Fusion der Brechtschule wurde entsprochen. Am 14.10. war der Kinder- und Jugendrat mit seinen Vorschlägen ebenfalls angehört worden.

Frau Hanna Haupt begrüßte Herrn Prof. Kiel bedankte sich bei Frau Modler für die kurzfristige Vorlage der beiden Protokolle, insbesondere von der gestrigen Sitzung mit den Ergebnissen des Bildungsausschusses. Sie unterbreitete den Vorschlag, bei abweichenden Meinungen zu den Ergebnissen des Bildungsausschusses zu diskutieren und ansonsten nur allgemeine Rückfragen zu stellen.

Frau Wolff dankte dem Bildungsausschuss für sein Votum und dessen Abstimmung zur Vorlage.

Herr Prof. Kiel verwies darauf, dass sich der Bildungsausschuss mehrfach mit dieser Vorlage beschäftigt hat. Wirtschaftliche Aspekte sollten nicht außer Acht gelassen werden. Jedoch sah es der Bildungsausschuss als seine Pflicht an, hier nach den tatsächlichen Bedarfen zu gehen, vor allem auch in den Randgebieten der Stadt.

Er verwies auf die wesentlichen Veränderungen, die durch den Bildungsausschuss abgestimmt wurden (siehe auch vorliegender Auszug aus der Sitzung vom 05.11.03). Der Umlagerung der Makarenkoschule nach Trotha wurde bsp.weise nicht zugestimmt, da der Schulweg als unverhältnismäßig angesehen wird.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, wie die Verwaltung mit der Problematik der Grundschüler umgeht (längere Schulwege, schlecht beleuchtete Wege etc.) und wie die Beschlüsse des Bildungsausschusses umgesetzt werden.

Frau Modler antwortete, dass es Bemühungen gibt, sicherere Schulwege mit einer ausreichenden Beleuchtung anzubieten. Durch den GB V wurde hier auch einiges empfohlen, was an das Staatliche Schulamt weitergeleitet wird, da diese für inhaltliche Aufgaben zuständig sind. Die Schulleiter werden aufgefordert, wieder an ihren Schulen Schülerlotsen einzusetzen.

Frau von Nievenheim ergänzte, dass adäquate Bedingungen ebenfalls für die Hortkinder zutreffen. Einiges wurde hier schon angestrebt, perfekt kinderfreundlich wird es aber nicht gestaltet werden können. Entsprechende Hinweise zu Schulwegen, Größe der Hortgruppen etc. wurden versucht, zu berücksichtigen.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes, welche finanziellen Auswirkungen die weiten Schulwege für die Stadt haben.

Frau Modler antwortete, dass hier durch ihren Fachbereich im Ausschuss eine Vorlage zur Schülerbeförderung eingereicht wurde, die keine Zustimmung fand. Sie verwies auf die ständig steigenden Fahrpreise im öffentlichen Verkehr. 2002 wurde für eine Schülerjahreskarte 245 € und 2003 bereits 269 € bezahlt.

Herr Prof. Kiel sprach an, dass der Bildungsausschuss auch diesen Aspekt mit gesehen hat. Es wurde aber in den Anhörungen festgestellt, dass diese Frage ein untergeordnetes Problem für die Eltern war, vordergründig war für diese die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Kinder. Hierbei spielte z.B. der Umbau des Riebeckplatzes für die Kinder aus dem Stadtteil Ost eine große Rolle.

Herr Godenrath stellte den Antrag, bei der Abstimmung dem Votum des Bildungsausschusses zu folgen, so dass eine einheitliche Meinung der beiden Ausschüsse besteht.

Einzelne Ausschussmitglieder unterstützten diesen Vorschlag.

Die Vertreterin des Kinder- und Jugendrates , Julia Becker, sprach an, dass die Schulwege gut beleuchtet sein müssen, da derzeitige viele Straßenlampen ausgeschaltet wurden. Gerade im Winter wird dies als großes Problem für die Schüler angesehen.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes zur Sekundarschule Freimfelde.

Frau Modler verwies darauf, dass es hierzu im vorliegenden Protokoll der gestrigen Sitzung unter Punkt 3.11 einen Vorschlag der Verwaltung zur Nachnutzung der Sekundarschule Freimfelde gab. Hier erfolgt eine Umsetzung der Sonderschule für Lernbehinderte Comenius. Für die Stadtratssitzung wird dies entsprechend noch vorn im Vorschlag mit vermerkt.

Herr Prof. Kiel wies darauf hin, dass der Bildungsausschuss um diesen Standort gekämpft hat. Die Aussage des Staatlichen Schulamtes war aber eindeutig hierzu. Er appellierte an den Jugendhilfeausschuss, sich dem Votum des Bildungsausschusses anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss schloss sich den im Bildungsausschuss am 05.11.2003 beschlossenen Vorschlägen zur Schulentwicklungsplanung an. So dass der Jugendhilfeausschuss seine Abstimmung an diesen Vorschlägen aus der Sitzung vom 05.11.2003 wie Folgt vornahm :

Abstimmung zu den Punkten 1 bis 5

15 Zustimmungen

Es erfolgte eine **einstimmige Annahme** der Vorlage Nr. III/2003/03419 entsprechend der Beschlussvorschläge des Bildungsausschusses.

Anmerkung:

(In der Anlage zum öffentlichen Teil der Niederschrift werden die Ergebnisse aus der Sitzung des Bildungsausschusses am 05.11.03, welche auch zur Sitzung verteilt wurden, angehängen!)

zu 6 **Baubeschluss Kindertagesstätte "Kinderwelt"**
Vorlagen-Nr.: III/2003/03709

Wortprotokoll:

Frau von Nievenheim erläuterte die Unaufschiebbarkeit eines Ersatzneubaus für die Kindertagesstätte „Kinderwelt“. Das Objekt besteht seit den 60iger Jahren, eine Sanierung des Objektes war seit 1999 geplant und war auf Grund fehlender Landesfinanzierungen nicht möglich. Mittlerweile ist die Gebäudesubstanz derart verschlissen, dass aus wirtschaftlichen Aspekten ein neues Objekt kostengünstiger wird. Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich mit 50% der zuwendungsfähigen Kosten. Darüber hinaus fließen noch Landesmittel aus dem Vergleich zwischen Stadt Halle und dem Land zu den Hortübernahmen ein. Die Kinder der Einrichtung werden während der Bauphase in einem Ausweichobjekt betreut.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes, ob die Landesmittel bindend an die Baumaßnahme für dieses Objekt erteilt wurden.

Frau von Nievenheim antwortete, dass die Landesmittel an eine kommunale Kindertagesstätte gebunden sind. Seit 1999 gab es zu dieser Einrichtung mehrere Diskussionen mit dem Land und jetzt liegt endlich die Bewilligung dafür vor.

Durch ein Ausschussmitglied wurde das Vorhaben unterstützt, da dies eine Verbesserung der Bedarfslage für den Innenstadtbereich darstellt. Welche Einrichtung ist als Ausweichobjekt vorgesehen.

Frau von Nievenheim antwortete, dass hierfür die KITA in der Herweghstraße 9 vorgesehen ist. Sie verwies darauf, dass eine Sanierung nicht möglich ist und auf Grund eines Bestandsschutzes eine Platzreduzierung von 90 auf 60 Plätze erfolgen müsste. Es gibt private Interessenten für dieses Objekt.

Es erfolgte eine Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

14 **Zustimmungen**
0 **Dagegen**
1 **Enthaltung**

Zustimmung zur Vorlage

zu 7 **Nachwahl eines Mitgliedes in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Wortprotokoll:

Herr Weber sprach an, dass in der Satzung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie aufgeführt ist, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung aus 8 Mitgliedern besteht. Da ein Mitglied seit längerer Zeit ausgeschieden ist, ist eine Neubesetzung erforderlich. Zwischen den Freien Trägern und den Fraktionen erfolgte dazu eine Abstimmung, so dass der Vorschlag aus den Reihen der Träger der Jugendhilfe unterbreitet wird. Es wird Herr Detlev Paul als neues Mitglied für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorgeschlagen. Es erfolgte eine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

13	Zustimmungen
0	Ablehnungen
2	Enthaltungen

Herr Detlev Paul wurde somit in den UA Jugendhilfeplanung gewählt.

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll:

Frau Dr. Bergner bat um Aussagen zu den Absprachen mit Schulen zum Sonderprogramm Ganztagschulen . Welche Schulen sind beteiligt, welche Kriterien sind angesetzt, was für Schwerpunkte wurden gesetzt.

Herr van Rissenbeck wies darauf hin, dass im Stadtrat durch Frau Szabados zugesagt wurde, dass dies im Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Die Verwaltung gab einen kurzen Zwischenbericht dazu ab.

Es gab eine Beratung mit dem FB Schule, Sport und Bäder dazu. Es wurden Vorschläge unterbreitet, welche Schulen eingebunden sein sollten. Durch den FB Kinder, Jugend und Familie wurden dort Vorschläge gemacht, mit welchen Einrichtungen kooperiert werden könnte.

Man ist so verblieben, dass die Fristen dafür eng sind, so dass die Schulen die Konzepte schnellstmöglich an den FB Schule, Sport und Bäder gegeben werden.

Am 02.12.03 wird es die zweite gemeinsame Beratung dazu geben.

Frau von Nievenheim ergänzte, dass parallel dazu durch ZGM eine Prüfung zur Kostenschätzung erfolgen soll.

Durch Frau Dr. Bergner wurde angemerkt, dass die Kriterien nicht durchschaubar sind, nach welchem Prinzip hier entsprechende Schulen eingeladen wurden.

Die Verwaltung antwortete, dass dies bei dem FB Schule, Sport und Bäder anzufragen ist. Dem FB Kinder, Jugend und Familie wurde mitgeteilt, dass als Kriterien Sanierungsbedarf, Bestand der Schule in den nächsten 10 Jahren und sozialer Brennpunkt benannt wurden.

Frau von Nievenheim ergänzte, dass Heide-Nord in der Vakanz nicht zu favorisieren ist. Es haben sich Schulen dafür interessiert, die auch an den Gesprächen beteiligt sind, einige Schulen überlegen noch.

Anfrage durch Frau Dr. Bergner, ob die Grundschule in Heide-Nord weniger sozialer Brennpunkt ist als die Grundschule in der Frohen Zukunft.

Frau von Nievenheim antwortete, dass hier aus städtebaulicher Gesamtsicht gesehen wurde, wo Bedarfe sind. Deshalb gibt es auch gemeinsame Diskussionen zwischen den Geschäftsbereichen IV und V.

Durch Herrn Godenrath wurde nach einer zahlenmäßigen Auswertung dazu gefragt und die Bitte geäußert, dies in der Dezembersitzung zu erfahren.

Frau von Nievenheim teilte mit, dass eine zahlenmäßige Bilanz möglich ist. Sie erläuterte die Situation zum Halle-Paß.

Herr Godenrath hat erfahren, dass eine Mutter sofort eine Nachzahlung bei KITA-gebühren vornehmen musste. Wird dies generell so gehandhabt.

Frau von Nievenheim antwortete, dass Nachberechnungen als Sollstellung im übernächsten Monat abverlangt werden. Zu dem genannten Fall kann sie nichts sagen, da ihr keine genauen Informationen dazu vorliegen.

zu 9 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll:

Frau Ute Haupt bat um eine Einschätzung der Krisenintervention in der Klosterstraße.

Die Verwaltung teilte mit, dass dies auf der Tagesordnung in der Sitzung im Januar 2004 stehen wird.

zu 10 **Mitteilungen** - **Information der Verwaltung zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA**

Wortprotokoll:

Mitteilungen der Verwaltung zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA

Herr van Rissenbeck teilte mit, dass die Verwaltung z.Zt. hier keinen Handlungsbedarf sieht. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 28.05.2003 im Rahmen des Fachkonzeptes Kindertageseinrichtungen (Vorl.Nr. III/2003/03182) den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum 01.07.2003 – 31.12.2004 beschlossen.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ist es nicht erforderlich, den beschlossenen Bedarfsplan von Kindertageseinrichtungen zu verändern, da durch die Schulentwicklungsplanung die Gesamtkapazitäten nicht verändert werden und mit Beschluss der Schulentwicklungsplanung die Hortstandorte durch den Stadtrat ab dem Schuljahr 2004/2005 festgelegt werden. Ein Bedarfs- und Entwicklungsplan muss somit im II. Halbjahr 2004 mit einer Laufzeit ab 01.01.2005 beschlossen werden.

Weitere Mitteilungen:

Herr Rochau beantwortete die von Frau Ute Haupt in der letzten Sitzung gestellte Anfrage zum § 35 a SGB VIII. (Dies wird als Anlage der Niederschrift beigefügt!).

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass die Klausurtagung am Freitag, dem 21.11.03 um 15.00 Uhr in der Kiezkneipe am Anhalter Platz beginnt.

Weiterhin informierte sie, dass die Termine für die Sitzungen im I. Halbjahr 2004 heute an alle Mitglieder verteilt wurden.

zu 11 Anregungen

Wortprotokoll:

Es gab keine Anregungen.

Hanna Haupt

Ingo Kautz

Goswin van Rissenbeck

Ausschussvorsitzende

Ausschussvorsitzender

Referent GB V

gez. Kaupke

Protokollantin

Anmerkung: Herr Kautz bestätigt mit seiner Unterschrift nur TOP 4, da hierzu gemeinsame Sitzung Jugendhilfeausschuss/Sportausschuss erfolgte. Zu den übrigen TOP tagte nur der JHA.

Anlage zu TOP 5

Stadt Halle (Saale)
Stadtrat
Bildungsausschuss

Halle, 12. November 2003
IV/mo

Auszug aus der Niederschrift des Bildungsausschusses am 05. November 2003

**Abstimmung des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Mittelfristige Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der
Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09
Beschluss-Nr.: III/2003/03419**

Wortprotokoll:

Herr Prof. Kiel: nimmt Bezug auf die seit Monaten erfolgten Beratungen/Diskussionen zur Schulentwicklungsplanung; der Bildungsausschuss muss heute sein Votum zur Vorlage abgeben;

Bildungsausschuss hat versucht:

- möglichst gute Bedingungen für die haleschen Schülerinnen und Schüler, soweit es die gesetzlichen Verordnungen zulassen, zu erreichen;
- gleichfalls auch wirtschaftliche Aspekte bei der Entscheidungsfindung mit einfließen zu lassen

- Verfahrensweise bei der Abstimmung wird festgelegt:

es erfolgt 1. Abstimmung Verwaltungsvorschlag

2. „ eingebraachte Änderungen des Bildungsausschusses/ Verwaltung nach den vorliegenden Punkten der Verwaltungsvorlage v. 21.07.2003 sowie den zusätzlich eingebraachten Fusionen entsprechend dem Schreiben v. 19.08.2003, GB IV (bereits gegebenes Votum des Bildungsausschusses am 01.10.2003)

2.1 Beschlussvorschlag

Umsetzung der GS „G. E. Lessing“

von Schillerstr. 47

nach Schleiermacherstr. 30 b zum 01.08.2004

- Bereitstellung von Räumen zur Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
- Freilenkung Schulobjekt Schillerstr. 47

Ergänzung Bildungsausschuss/Verwaltung

Schulbezirksveränderung durch Zuführung von Straßen aus dem Schulbezirk GS Neumarkt/GS „A. Dürer“ ab 2005/06.

Begründung:

Effektivere Auslastung der vorhandenen Unterrichtsräume Standort Schleiermacherstr. 30 b.
Entlastung des hohen Schüler-/Hortaufkommen GS Neumarkt/GS „A. Dürer“.

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

2.2 Beschlussvorschlag

Fusion GS Am Rosengarten mit der GS Auenschule und der GS „U. v. Hutten“ zum Schuljahr 2004/05

neuer Standort: Huttenstr. 40

- Schulbezirksveränderung durch Abgabe von Straßen der ehemaligen GS Am Rosengarten/GS Auenschule
- Bereitstellung von Räumen zur Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
- Freilenkung Objekt Th.-Neubauer-Str. 14
- Freilenkung Objekt Ottostr. 25

Abstimmung: 2 x Zustimmung
8 x dagegen
1 x Enthaltung

Bildungsausschuss

1. Ergänzung

- erneute Überprüfung der Fusion bei der Präzisierung zur Schulentwicklungsplanung 2005/06

Abstimmung: 9 x Zustimmung
2 x dagegen
0 x Enthaltung

2. Ergänzung

- **bei Bereitstellung finanzieller Mittel** zum Erhalt des Schulstandortes Th.-Neubauer-Straße erfolgt eine Überprüfung der Einbeziehung des Schulbezirkes GS „W. Busch“

Abstimmung: 9 x Zustimmung
0 x dagegen
2 x Enthaltung

3. Ergänzung

- perspektivisch sollte weiter geprüft werden, ob Möglichkeiten zur Sanierung des Gebäudes Th.-Neubauer-Str. 14 (GS Auen, SK Am Grünen Feld) eröffnet werden können und dadurch das gesamte Gebäude zur Nutzung für den schulischen Bedarf im Süden zur Verfügung gestellt werden könnte.

Abstimmung: 7 x Zustimmung
0 x dagegen
4 x Enthaltung

2.3 Beschlussvorschlag

Fusion GS Kanena/Reideburg mit der GS Büschdorf zum Schuljahr 2005/06 und Umsetzung in den neuen Standort: Paul-Singer-Str. 32 a

- Freilenkung Schulobjekt K.-Kollwitz-Str. 2
Zur Sternwarte 2
- bei Bedarf Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
K.-Kollwitz-Str. u. P.-Singer-Str.

Abstimmung: 1 x Zustimmung

**9 x dagegen
1 x Enthaltung**

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

- Fortbestand der Grundschulen Büschdorf und Reideburg/Kanena
- nach Aufgabe der Außenstelle SK Reideburg (2006/07) erneute Überprüfung zu einer möglichen Fusion und Festlegung des Standortes.

Abstimmung: 9x Zustimmung

**2x dagegen
0x Enthaltung**

2.4 Beschlussvorschlag

Fusion GS Lilienschule mit der GS Am Gimritzer Damm zum Schuljahr 2005/06 neuer Standort: Lilienstraße 23

- Hortunterbringung Lilienstraße 23, Haus D auf der Grundlage eines Mietvertrages
- Freilenkung Schulobjekt Muldestraße 7

Ergänzung Bildungsausschuss/Verwaltung

Abgabe einzelner Straßen des Schulbezirkes der GS Lilien/Am Gimritzer Damm zu Gunsten der GS Am Heiderand im Fusionsjahr 2005/06 unter Berücksichtigung der Fertigstellung sicherer Schulwege im Wohnkomplex Heide-Süd (westl. Seite Gneisenaustr.).

Begründung:

Bessere Auslastung der vorhandenen Grundschulstandorte/Horte.
Kapazitätsbegrenzung bis zur Dreizügigkeit.

Abstimmung: 10x Zustimmung

**1 x dagegen
0 x Enthaltung**

Ergänzung Bildungsausschuss

Falls bis zum vorgesehenen Fusionsstermin (2005/06) die notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Standort Lilienstraße nicht abgeschlossen werden konnten, soll dieser um ein weiteres Jahr (2006/07) verschoben werden.

Abstimmung: 7x Zustimmung

4x dagegen

0x Enthaltung

2.5 Beschlussvorschlag

Fusion GS Heide/Lettin mit der GS „H.-Christian Andersen“ und GS Dölau zum Schuljahr 2005/06

neuer Standort: Zanderweg 1

- Nachnutzung Schulobjekt Grasnelkenweg 16 durch die BbS II „Gutjahr“
- Freilenkung Objekt Querstr. 1 (Entscheidung zur GS Dölau → Abwägungsbeschluss)

Abstimmung: **11x dagegen**
 0x Zustimmung
 0x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Fusion GS Heide/Lettin mit der GS „H. Chr. Andersen“ zum Schuljahr 2005/06,

Standort: Zanderweg 1

- Nachnutzung Schulobjekt Grasnelkenweg 16 durch die BbS II „Gutjahr“

Begründung:

volle Ablehnung der weiteren Fusion mit der GS Dölau.

- Stadtrandschule erhalten
- Bestandsfähigkeit GS Dölau nachgewiesen

Abstimmung: 10 x Zustimmung
 0 x dagegen
 1 x Enthaltung

2.6 Beschlussvorschlag

Umsetzung der GS Am Niedersachsenplatz, Osnabrücker Str. 35 zum Schuljahr 2005/06

neuer Standort: W.-Borchert-Str. 42

- Bei Bedarf → Bereitstellung von Unterrichtsräumen für die Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
- Freilenkung 4-zügiges Schulobjekt Osnabrücker Str. 35 nach Reko-Auszug BbS V

Abstimmung: 11 x dagegen
 0 x Zustimmung
 0 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Fusion GS am Niedersachsenplatz mit der GS „W. Borchert“ zum Schuljahr 2005/06

neuer Standort: W.-Borchert-Str. 42

- Bei Bedarf → Bereitstellung von Unterrichtsräumen für die Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
- Freilenkung 4-zügiges Schulobjekt Osnabrücker Str. 35 nach Reko-Auszug BbS V
- Schulbezirksveränderung: Abgabe von Straßenzügen an die GS am Zollrain

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

2.7 Beschlussvorschlag

**Fusion der GS am Zollrain mit der GS „W.-Borchert“ zum Schuljahr 2005/06
neuer Standort: Harzgeroder Str. 63**

Abstimmung: 0 x Zustimmung
11 x dagegen
0 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Veränderung Schulbezirk GS am Zollrain zum Schuljahr 2005/06

Fusion GS am Zollrain mit GS „W. Borchert“ entfällt.

- Zuführung von Straßenzügen aus der GS „W. Borchert“ an die GS am Zollrain

Begründung:

Durch Verbleib der GS „W. Borchert“ am vorhandenen Standort → weniger
Umzugsaufwand;

Schulbezirksveränderungen zur Stabilisierung der GS am Zollrain

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

2.8 Beschlussvorschlag

**Fusion der GS „D. Erxleben“ mit der GS „Brüder Grimm“ zum Schuljahr 2005/06
neuer Standort: Rosslauer Str. 14**

- Schulbezirksveränderung durch Aufnahme von Straßen der ehemaligen GS Am
Rosengarten /GS Auenschule

- Übernahme des Grundschulgebäudes, Zeitzer Str. 10, zur Nutzung durch die SK „R. Koch“

Abstimmung: 10 x Zustimmung
1 x dagegen
0 x Enthaltung

2.9 Beschlussvorschlag

Umsetzung der GS Am Heiderand

neuer Standort: C.-Schorlemmer-Ring 66 zum Schuljahr 2006/07

- Bereitstellung von Räumen für die Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für
freie Trägerschaft

- Freilenkung Objekte C.-Schorlemmer-Ring 62 und 64

Abstimmung: 0 x Zustimmung
11 x dagegen
0 x Enthaltung

Verwaltungsvorschlag/Bildungsausschuss

neu:

Veränderung Schulbezirk GS Am Heiderand zum Schuljahr 2005/06

Umsetzung der GS Am Heiderand zum Schuljahr 2006/07 entfällt

Zuführung einzelner Straßen aus dem Schulbezirk der GS Lilien/Am Gimritzer Damm unter Berücksichtigung der Fertigstellung sicherer Schulwege im Wohnkomplex Heide-Süd (westliche Seite Gneisenaustraße) im Fusionsjahr 2005/06.

Begründung:

Nach Überprüfung wurde festgestellt, dass der bauliche Zustand des Grundschulgebäudes besser ist.

Bereits sanierte Sanitäranlagen etc.

Abstimmung: 11 x Zustimmung

0 x dagegen

0 x Enthaltung

2.10 Beschlussvorschlag

Fusion GS Südstadt mit der GS „W. Busch“ und Umsetzung in Teilschulgebäude Ingolstädter Str. 33 zum Schuljahr 2006/07

- Bei Bedarf Hortbetreuung in kombinierten Unterrichtsräumen/Hort auf der Grundlage eines Mietvertrages
- Freilenkung Schulobjekt und Turnhalle Grenobler Straße 6
- Freilenkung Grundschulteil Rigaer Str. 1 b

Abstimmung: 0 x Zustimmung

10 x dagegen

1 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Zustimmung Fusion GS Südstadt mit der GS „W. Busch“ zum Schuljahr 2006/07

neuer Standort: Rigaer Str. 1 a (SK-Teil), (besserer Standort)

oder 1 b

- bei Bedarf Hortbetreuung in kombinierten Unterrichtsräumen/Hort auf der Grundlage eines Mietvertrages
- Freilenkung - evtl. Abriss - Schulobjekt und Turnhalle Grenobler Straße 6
- Freilenkung - evtl. Abriss - Schulobjekt Rigaer Str. 1a oder 1b

Ablehnung zur Umsetzung in die Ingolstädter Straße

Begründung:

Umsetzung in die Ingolstädter Str. würde bedeuten:

- eine nicht zu akzeptierende Verschlechterung der sonderpädagogischen Arbeit der Sprachheilschule am gleichen Schulstandort → damit Ablehnung
- gleichfalls Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen für GS Südstadt/GS Busch; die nach dem Schulprofil „Flexible Schuleingangsphase“ seit Jahren arbeiten.

Abstimmung: 10 x Zustimmung
0 x dagegen
1 x Enthaltung

2.11 Beschlussvorschlag

Fusion GS „B. Brecht“ mit der GS „Thomas Mann“ zum Schuljahr 2006/07 neuer Standort Hanoier Str. 1

- bei Bedarf Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages mit freier Trägerschaft in der Hanoier Straße
- Freilenkung - evtl. Abriss - Schulobjekt E.-Kästner-Str. 34

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

2.12 Beschlussvorschlag

Fusion der GS Kastanienallee mit der GS am Kirchteich zum Schuljahr 2006/07 neuer Standort: Kastanienallee 7

- Freilenkung - evtl. Abriss - eines halben Schulstandortes Telemannstr. 5 (Südpark)

Abstimmung: 0 x Zustimmung
11 x dagegen
0 x Enthaltung

2.13 Beschlussvorschlag

Fusion der GS am Ludwigsfeld mit der GS Glaucha zum Schuljahr 2006/07 neuer Standort: Wörmlitzer Str. 93

Ankauf des Grundstücks Wörmlitzer Str. 93 von WG Gesundbrunnen e.G.

- Bereitstellung von Räumen zur Hortbetreuung auf der Grundlage eines Mietvertrages für freie Trägerschaft
- Freilenkung Schulobjekt Taubenstr. 13

Abstimmung: 10 x Zustimmung
0 x dagegen
1 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

Ergänzung:

Herauslösung der Mansfelder- und Hafestraße aus dem Schulbezirk Glaucha und Zuführung an die GS AHF.

Perspektivisch, zum Zeitpunkt der nächsten mittelfristigen Schulentwicklungsplanung, wird geprüft, ob dieser innerstädtische Standort nach einer eventuell erfolgten Grundsanierung

des denkmalgeschützten Gebäudes der bisherigen GS Glaucha, wieder für eine Grundschule genutzt werden kann.

Mit der Fusion GS Glaucha/GS am Ludwigsfeld am Standort GS am Ludwigsfeld wird ein weiterer innerstädtischer Grundschulstandort (nach früherer Fusion der GS Talamt) an der Peripherie verlagert, woraus z. T. lange Schulwege resultieren.

Nach einer vermutlich ohnehin erforderlichen Sanierung des bisherigen Gebäudes der GS Glaucha, sollte die Standortfrage erneut geprüft werden oder gegebenenfalls eine andere Nutzung erfolgen.

Begründung:

Durch obige Fusion verlängert sich der Schulweg der 2 Straßen, so dass verschiedene Möglichkeiten der Schulwegverkürzung überprüft wurden.

Der Schulweg zur GS AHF ist am kürzesten. (1.500 m Mansfelder Str., 1.820 m Hafestraße)

Abstimmung: 7 x Zustimmung
 2 x dagegen
 2 x Enthaltung

2.14 Beschlussvorschlag
Fusion GS „H. Eisler“ mit der GS Trotha zum Schuljahr 2007/08
neuer Standort: Seebener Str. 79

Abstimmung: 10 x Zustimmung
 1 x dagegen
 0 x Enthaltung

2.15 Beschlussvorschlag
Umsetzung der GS „R. Luxemburg“, Haflinger Str. 4
neuer Standort: Haflinger Str. 13 zum Schuljahr 2007/08
- Freilenkung des Schulobjektes Haflinger Str. 4 und 6 zum August 2007
- Übernahme der Turnhalle am Rennbahnring 51 durch die GS „R. Luxemburg“

Abstimmung: 11 x Zustimmung
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung

3.1 Beschlussvorschlag
Fusion der SK Trotha
 SK Paulus
 SK Heide – Nord

mit der SK Wittekind zum Schuljahr 2004/05
neuer Standort: E.-Schneller-Str. 1 mit Außenstelle H.-Dittmar-Str. 9 und Zanderweg 2
- Schulbezirksveränderungen → Abgabe der GS „G.-E.-Lessing“ von SK Paulus an SK Weidenplan; von SK Trotha (Schüler Frohe Zukunft) an SK Weidenplan

- Nachnutzung des Schulgebäudes H.-Dittmar-Str. durch die Schule für Lernbehinderte Makarenkoschule
- Nachnutzung des Schulgebäudes Schleiermacherstr. 30 b durch die GS Lessing
- Abriss Schulteil SK Heide-Nord, Zanderweg 2

Abstimmung: **0 x Zustimmung**
 11 x dagegen
 0 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Fusionsbeginn 01.08.2004
Fusionsende 31.07.2006
neuer Standort: E.-Schneller-Str. 1
mit Außenstelle H.-Dittmar-Str. 9 bis 31.07.2006
auslaufende Beschulung am Zanderweg 2 bis 31.07.2006

- Schulbezirksveränderungen → Abgabe der GS „G.-E.-Lessing“ von SK Paulus an SK Weidenplan; von SK Trotha (Schüler Frohe Zukunft) an SK Weidenplan
- Nachnutzung des Schulgebäudes Schleiermacherstr. 30 b durch die GS Lessing
- evtl. Abriss Schulteil SK Heide-Nord, Zanderweg 2
- Nachnutzung des Schulgebäudes H.-Dittmar-Str. 9 – offen -

Begründung:

- längere Schulwege

Abstimmung: **11 x Zustimmung**
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung

3.2 Beschlussvorschlag

Fusion SK „A.-H.-Francke“ mit der SK Freimfelde und SK Reideburg zum Schuljahr 2004/05 neuer Standort: Franckeplatz 1, Haus 49 mit Außenstelle P.-Singer-Str. 32 a bis 31. 07. 2006

- Nachnutzung Schulobjekt Freimfelder Str. 88
- Nachnutzung Schulobjekt P.-Singer-Str. 32 a
- Abgabe des Schulbezirkes GS Glaucha an die SK „F. Schiller“

Abstimmung: **0 x Zustimmung**
 11 x dagegen
 0 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

Ergänzung:

Fusion SK „A.-H.-Francke“ mit der SK Freimfelde und SK Reideburg zum Schuljahr 2004/05 neuer Standort: Franckeplatz 1, Haus 49 mit auslaufender Beschulung in Schulobjekt P.-Singer-Str. 32 a bis 31. 07. 2006

In Vorbereitung des Schuljahres 2006/07 ist anhand der realen Schülerzahlen erneut zu prüfen, ob – ggf. auch mit einer begrenzten Erweiterung des Schulbezirkes sowie in

Kooperation mit dem Saalkreis eine perspektivische Sekundarschulbildung im Osten der Stadt Halle (Saale) gewährleistet werden kann.

- Nachnutzung Schulobjekt Freimfelder Str. 88 durch die Sonderschule Comenius
- Abgabe des Schulbezirkes GS Glaucha an die SK „F. Schiller“

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

3.3 Beschlussvorschlag

Fusion SK Am Fliederweg/Am Grünen Feld mit der SK „A. v. Humboldt“/„H. Heine“ zum Schuljahr 2004/05

neuer Standort: Budapester Str. 5 mit Außenstelle Rigaer Str. 1 a bis 31. 07. 2005

- Schulbezirksveränderung durch Abgang von Straßen der fusionierten Sekundarschule am Standort Budapester Straße
- Freilenkung zum Abbruch Rigaer Str. 1 a

Abstimmung: 0 x Zustimmung
11 x dagegen
0 x Enthaltung

Bildungsausschuss

neu: Fusionsbeginn 01.08.2004

Fusionsende 31.07.2006,

neuer Standort: Budapester Str. 5 mit

auslaufender Beschulung am Standort Rigaer Str. 1 a (eigenständige SK) bis zum **31.07.2006**

- Freilenkung zum evtl. Abbruch - Rigaer Straße 1 a oder 1 b
- Schulbezirksveränderung durch Abgang von Straßen der fusionierten Sekundarschule am Standort Budapester Straße

Begründung:

Stabilisierung der zum 01.08.2003 durchgeführten Fusionen

der SK Am Fliederweg/Am Grünen Feld

SK „A. v. Humboldt“/„H. Heine“

Abstimmung: 8 x Zustimmung
0 x dagegen
3 x Enthaltung

3.4 Beschlussvorschlag

Veränderung des Schulbezirkes SK Weidenplan

- (neue zuführende GS Lessing, GS Frohe Zukunft) zum Schuljahr 2004/05

Abstimmung: 11x Zustimmung
0 x dagegen

0 x Enthaltung

3.5 Beschlussvorschlag

Fusion SK Kastanienallee mit der SK „K. Liebknecht“ zum Schuljahr 2004/05

neuer Standort: Kastanienallee 8

- Nachnutzung des Schulobjektes E.-H.-Meyer-Str. 60 (SK „K. Liebknecht“) → „Chr.-G.-Salzmann“

**Abstimmung: 11x Zustimmung
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung**

3.6 Beschlussvorschlag

Zuführung des Schulbezirkes GS Glaucha zur SK „F. Schiller“ ab Schuljahr 2004/05

**Abstimmung: 11 x Zustimmung
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung**

3.7 Beschlussvorschlag

Fusion SK „H. Heine“ mit der SK Novalis und der SK „C. Schorlemmer“ zum Schuljahr 2005/06 neuer Standort: Hemingwaystr. 1 mit Außenstelle C.-Schorlemmer-Ring 66 bis zum 31. 07. 2006

- Nachnutzung des Schulobjektes SK Novalis, W.- Borchert-Str. 40 durch die Sonderschule Fröbel
- Freilenkung - evtl. Abbruch - Schulobjekt SK „C. Schorlemmer“, C.-Schorlemmer-Ring 66

**Abstimmung: 8 x Zustimmung
 0 x dagegen
 3 x Enthaltung**

3.8 Beschlussvorschlag

Fusion SK „R. Koch“/Am Brühl mit der SK „E. Kästner“ mit der SK „A. Ries“ und SK Radewell zum Schuljahr 2005/06 neuer Standort: Zeitzer Str. 9

- Schulbezirksveränderung durch Aufnahme von Straßen aus der fusionierten Sekundarschule am Standort Budapester Straße
- Freilenkung – evtl. Abriss - Schulobjekt „A. Ries“, Hanoier Str. 2
- Freilenkung – evtl. Abriss - Schulobjekt „E. Kästner“, Erich-Kästner-Str. 35
- SK Radewell → weitere Nutzung zeitnahe Entscheidung

Abstimmung: 10 x Zustimmung

0 x dagegen
1 x Enthaltung

3.9 Beschlussvorschlag

Gymnasium im Bereich Süd

Abschluss der Fusion Südstadt-Gymnasium und Adolf-Reichwein-Gymnasium zum 31.07.2004

Abschluss Fusion Südstadt-Gymnasium und Tor-Gymnasium zum 31. 07. 2005

- Hauptstandort: Katowicer Str., Außenstelle Torstraße 13
- schrittweise Fusionierung Südstadt-Gymnasium mit dem Frieden-Gymnasium Beginn zum Schuljahr 2004/05
- Abschluss der Fusion 31. 07. 2007 (Schreibfehler wurde berichtigt)
- Hauptstandort: Katowicer Str. 40 a
- Außenstandort: K.-Wüsteneck Str. 21
- Nachnutzung Schulobjekt Diesterwegstr. 37 durch die Volkshochschule Halle (Saale)
- Nachnutzung Schulobjekt Torstraße 13 (Tor-Gymnasium) durch das G.-Cantor-Gymnasium
- Nachnutzung K.-Wüsteneck-Str. (Frieden-Gymnasium) zeitnahe Entscheidung

Abstimmung: **0 x Zustimmung**
 8 x dagegen
 1 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss/Verwaltungsvorschlag

Gymnasium im Bereich Süd

Abschluss der Fusion Südstadt-Gymnasium und Adolf-Reichwein-Gymnasium zum 31.07.2004

Abschluss Fusion Südstadt-Gymnasium und Tor-Gymnasium zum 31. 07. 2005

- Hauptstandort: Katowicer Str., Außenstelle Torstraße 13
- schrittweise Fusionierung Südstadt-Gymnasium mit dem Frieden-Gymnasium Beginn zum Schuljahr 2004/05
- Abschluss der Fusion 31. 07. 2007
- Hauptstandort: Katowicer Str. 40 a
- Außenstandort: K.-Wüsteneck Str. 21

- Nachnutzung Schulobjekt Diesterwegstr. 37 durch die Volkshochschule Halle (Saale)
- Nachnutzung Schulobjekt Torstraße 13 (Tor-Gymnasium) durch das G.-Cantor-Gymnasium

Nachnutzung Kurt-Wüsteneck-Straße (Frieden-Gymnasium) bzw. Katowicer Straße (Südstadt-Gymnasium) → vor Beendigung der Fusion 31.07.2007, erfolgt eine abschließende Prüfung der Standortfrage für ein Gymnasium im Süden der Stadt Halle (Saale) in Abhängigkeit von der dann gegebenen Gesamtschülerzahl am 31.07.2006.

Abstimmung: **7 x Zustimmung**
 0 x dagegen
 2 x Enthaltung

3.10 Beschlussvorschlag

Fusion Christian-Wolff-Gymnasium mit dem Gymnasium im Bildungszentrum zum Schuljahr 2004/05 - Beginn der Fusion -, Abschluss der Fusion 31.07.2006

Hauptstandort: Kastanienallee 2 mit Außenstelle Nietlebener Str. 4/ Hemingwaystraße 23 bis 31. 07. 2006

- Nachnutzung Schulobjekt Nietlebener Str. 4 ab Schuljahr 2006/07
- Freilenkung des Schulobjektes Hemingwaystr. 23

**Abstimmung: 0 x Zustimmung
 7 x dagegen
 1 x Enthaltung**

Vorschlag Bildungsausschuss

neu:

Fusion Christian-Wolff-Gymnasium mit dem Gymnasium im Bildungszentrum zum Schuljahr 2004/05 - Beginn der Fusion -, Abschluss der Fusion 31.07.2006

Hauptstandort: Kastanienallee 2 mit Außenstelle Nietlebener Str. 4/ Hemingwaystraße 23 bis 31. 07. 2006

- Nachnutzung Schulobjekt Nietlebener Str. 4 ab Schuljahr 2006/07
- Freilenkung des Schulobjektes Hemingwaystr. 23

Die endgültige Entscheidung eines gymnasialen Standortes Halle-Neustadt erfolgt bis zum 31.12.2004 im Rahmen der Präzisierung des Schulentwicklungsplanes für das Schuljahr 2005/06.

**Abstimmung: 5 x Zustimmung
 0 x dagegen
 3 x Enthaltung**

3.11 Beschlussvorschlag

Umsetzung der Sonderschule für Lernbehinderte Comenius, Große Steinstraße 60 zum Standort Freimfelder Str. 88 (SK Freimfelde) zum Schuljahr 2004/05

- Freilenkung des Schulobjektes Große Steinstraße 60 ab August 2004;

**Abstimmung: 10 x Zustimmung
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung**

3.12 Beschlussvorschlag

Umsetzung der Sonderschule für Lernbehinderte Fröbel, Harzgeroder Str. 65 zum Standort W.-Borchert-Str. 40 (SK Novalis) zum Schuljahr 2005/06

- Nachnutzung Schulobjekt Harzgeroder Str. 65 durch die Sprachheilschule „A. Liebmann“

**Abstimmung: 8 x Zustimmung
 0 x dagegen
 2 x Enthaltung**

3.13 Beschlussvorschlag

Umsetzung der Sonderschule für Lernbehinderte Makarenko, Trakehnerstr. 1 zum Standort H.-Dittmar-Str. 9 zum Schuljahr 2006/07

- Übernahme weiterer Unterrichtsräume in der H.-Dittmar-Str. nach Fusion der Grundschule Trotha/„H. Eisler“ zum Schuljahr 2007/08
- Freilenkung des Schulobjektes Trakehnerstr. 1 zum 31. 07. 2006

Abstimmung: **0 x Zustimmung**
 8 x dagegen
 2 x Enthaltung

Begründung:

Hauptanteil der Schülerinnen und Schüler kommt aus Halle-Neustadt.

3.14 Beschlussvorschlag

Umsetzung der Schule für Ausgleichsklassen „Ch. G. Salzmann“, H.- und Th.- Mann-Str. 11 zum Standort E.-H.-Mayer-Str. 60 (Sekundarschule „K. Liebknecht) zum Schuljahr 2004/05

- Freilenkung des Schulobjektes H.- und Th. - Mann-Str.11

Abstimmung: **10 x Zustimmung**
 0 x dagegen
 0 x Enthaltung

3.15 Beschlussvorschlag

Umsetzung der Sprachheilschule „A. Liebmann“, Halle-Neustadt, Teichstraße 12 zum Standort Harzgeroder Str. 65 (bisher Lernbehinderten Schule Fröbel) zum Schuljahr 2005/06

- Freilenkung der Teichstraße zum evtl. Abriss zum 31. 07. 2005

Abstimmung: **9 x Zustimmung**
 0 x dagegen
 1 x Enthaltung

3.16 Beschlussvorschlag

Umsetzung des Kolleg/Abendgymnasium, C.-Schorlemmer-Ring 62 zum Standort Nietlebener Str. 4 (bisher Gymnasium im Bildungszentrum) zum Schuljahr 2006/07

- Freilenkung evtl. Abbruch des gesamten 4-zügigen Schulobjektes C.-Schorlemmer-Ring 62 und 64 (bisher Kolleg/Grundschule)
- Abgabe der Turnhalle KT 60 und Sportplatz am Bruchsee an Sport-Verein → Grundlage Pachtvertrag

Abstimmung: **6 x Zustimmung**
 0 x dagegen
 2 x Enthaltung

Vorschlag Bildungsausschuss

Ergänzung:

Umsetzung des Kolleg/Abendgymnasium, C.-Schorlemmer-Ring 62 zum Standort Nietlebener Str. 4 (bisher Gymnasium im Bildungszentrum) zum Schuljahr 2006/07 in Abhängigkeit von der gymnasialen Standortentscheidung in Halle-Neustadt.

- Freilenkung zum Abbruch C.-Schorlemmer-Ring 62
- Abgabe der Turnhalle KT 60 und Sportplatz am Bruchsee an Sport-Verein → Grundlage Pachtvertrag

Abstimmung: 8 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

In der Beratung des Bildungsausschusses am 01. Oktober 2003 erfolgte das Votum des Ausschusses für nachfolgende Grundschulen.

Der Bildungsausschuss setzt sich für den Erhalt und weiteren Bestand der Standorte nachfolgender Grundschulen ein:

Grundschule Dölau Querstraße 1,
Grundschule Nietleben Waidmannsweg 53,
Grundschule Frohe Zukunft, Frohe Zukunft 1a,
Grundschule Radewell Regensburger Straße 35,

Abstimmung: 11 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

Abstimmung der Beschlussvorlage Nr. III/2003/03419 einschl. der Anträge und Ergänzungen des Bildungsausschusses

Punkt 1 bis Pkt. 5 7 x Zustimmung
0 x dagegen
1 x Enthaltung

Einzelabstimmung

Pkt. 1 7 x Zustimmung
0 x dagegen
1 x Enthaltung

Pkt. 2 7 x Zustimmung
0 x dagegen
1 x Enthaltung

Pkt. 3 6 x Zustimmung
0 x dagegen
2 x Enthaltung

Pkt. 4 8 x Zustimmung
0 x dagegen
0 x Enthaltung

Pkt. 5 8 x Zustimmung

0 x dagegen
0 x Enthaltung

Pkt. 6 Aus sachlichen Gründen keine Abstimmung, die finanziellen Auswirkungen sind in der Endvorlage auszuweisen.

F.d.R.
R. Modler
Protokoll

**Anlage 2 zur Niederschrift vom 09.11.03, Öffentlicher Teil
Zu TOP 10 Mitteilungen**

Anfrage der Stadträtin Frau Ute Haupt im JHA 09. Oktober 2003

- 1. Wieviel Fälle von Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII gibt es aktuell in der Jugendhilfe:
a) innerhalb von Einrichtungen
b) außerhalb von Einrichtungen**
- 2. Wie hat die Stadt Halle Stellung bezogen auf das Gesetzesänderungsvorhaben zum § 35a SGB VIII**

Beantwortung durch die Verwaltung im JHA 09.11.03

zu 1.:

zum **Stand 30.09.2003** werden folgende **Eingliederungshilfen** gewährt:

- 1. Minderjährige**
 - a) **27**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 30,56 Fälle
 - b) **36**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 35,33 Fälle
- 2. Volljährige**
 - a) **8**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 6,67 Fälle
 - b) **3**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 1,89 Fälle
- 3. Gesamt (Mj,Vj)**
 - a) **35**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 37,23 Fälle
 - b) **39**; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 37,22 Fälle

Gesamt (a,b): 74; das Durchschnitts -IST für das 2003 beträgt 74,4 5 Fälle

zu 2.:

Die Stadt Halle nahm im Rahmen der Diskussion zum Gesetzesänderungsvorhaben dem Deutschen Städtetag und der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) gegenüber zum § 35a SGB VIII Stellung:

Ziel dieses Vorhabens ist die Angleichung der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte junge Menschen (§ 35a SGB VIII) an die Eingliederungshilfe für körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche im Bundessozialhilfegesetz (§ 39 BSHG)

Damit soll erreicht werden:

- ⇒ weitere Kostenbelastung der Kommunen zu vermeiden, bzw. diese deutlich einzudämmen
- ⇒ Angleichung der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte oder davon Bedrohte an die Eingliederungshilfe für körperlich und geistig Behinderte gemäß BSHG (§§ 39,40 ff.)

Das hat für die Leistungsberechtigten zur Folge:

- ⇒ für **junge Volljährige** im Bereich der seelischen Behinderung ist der **Sozialhilfeträger** dann bereits ab dem 18. Lebensjahr zuständig; nicht mehr wie **derzeitig**, bei **Ersthilfegewährung ab dem 21. Lebensjahr** und **bei Fortsetzung** der Hilfegewährung, die vor Volljährigkeit begonnen werden, **ab dem 27. Lebensjahr**
- ⇒ **Vorrang des Sozialhilfeträgers (überörtlich)** in diesem Bereich gegenüber dem Jugendhilfeträger
- ⇒ d.h. **Entlastung des** örtlich zuständigen **Jugendhilfeträgers**, um alle seelisch Behinderten oder davon bedrohten jungen Volljährigen bereits ab dem 18. Lebensjahr bestehende Abgrenzungsschwierigkeiten und Zuständigkeitsdiskussionen zur Altersgrenze (Übergangsvarianten ab Volljährigkeit) und damit Zuständigkeitswechsel vom SGB VIII zum BSHG wären damit im Wesentlichen ausgeräumt.
- ⇒ durch Neuregelung würde erreicht, dass bei jungen Volljährigen nur begonnene Jugendhilfeleistungen fortgesetzt werden und spätestens mit dem 21. Lebensjahr als Jugendhilfeleistung beendet werden

Zusammenfassung :

1. Der vorgeschlagenen Gesetzesänderung kann grundsätzlich zugestimmt werden.
2. Die vorliegende Neufassung erfüllt die Zielstellungen jedoch nur im begrenztem Umfang.
Eine wirkliche Erleichterung für die Klienten und die Jugendhilfeträger im täglichen Umgang mit den Schwierigkeiten des § 35 a SGB VIII (im Sinne von Zuständigkeitsklarheit und Abgrenzung) wird nicht erreicht.